

EU, der Vertrag von Lissabon und die Vision von mehr Demokratie

Im Gegensatz zur allgemeinen Medienauffassung ist Irland nicht schuld an der Misere der EU sondern Irland kann uns allen Vorbild sein, in dem Sinn, dass es in jedem EU Staat hätte Volksabstimmungen geben sollen und daß das irische Volk alle Europäer (vorerst) vor einer unsozialen, intransparenten, undemokratischen und der Militarisierung verpflichteten EU gerettet hat.

Die einseitige Ratifizierung durch die nationalen Regierungen, trotz der Ablehnung durch das französische, niederländische und irische Volk, ist sofort zu stoppen.

Der Lissabon Vertrag, stellt durch seine mangelnde Zukunftsoffenheit, die Festlegung auf die freie Marktwirtschaft und den „unverfälschten Wettbewerb“, die fehlende soziale und ökologische Untermauerung, die Zementierung der unsozialen, antidemokratischen und intransparenten Strukturen und seiner militärische Ausrichtung, eine Bedrohung für demokratische Errungenschaften, Grundrechte, soziale Sicherheit, Frieden und ökologische Nachhaltigkeit dar.

Aber mein Hauptanliegen ist nicht reine Ablehnung von etwas, sondern Gestaltung. Dem Umfrageneinbruch für uns mit der Begründung „die Linke kann die richtigen Fragen stellen, aber für die Antworten gehen wir woanders hin“ müssen wir entgegenarbeiten. Als Partei, auch in der Opposition, brauchen wir eigene Konzepte einer alternativen Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsform und einer alternativ gestalteten EU. Die bestehenden Verträge (Maastricht...) geben der EU auch keine gute Grundlage.

Ich begrüße und unterstütze die Forderung im Entwurf des Wahlprogramms nach einer neuen Verfassung für die Europäische Union und sehe darin etwas nach z.B. dem Vorbild von Bolivien – eine Verfassung unten, von den und für die Bürger Europas, die ihnen Rechte garantiert, die Sozialstaatlichkeit festschreibt, die EU auf einen rein zivilen Charakter festlegt, sie transparent und demokratisch gestaltet, eine europäische Öffentlichkeit schafft, Finanzmärkte reguliert, Spekulationsgewinn besteuert...

Offen ist noch die Frage, ob wir einen europäischen Bundesstaat/Föderation oder ein Europa der Regionen mit dezentraler politischer Selbstverwaltung wollen, bzw. wieweit die EU in die Souveränitäten der Mitgliedsstaaten eingreift oder eben nicht. Einen Staatenbund oder eine differenzierte Integration lehnen wir immerhin ab.

Die EU ist kein abstraktes Wesen, sondern im Ministerrat treffen die nationalen Regierungen die Entscheidungen und sie haben gemeinsam den jetzigen fatalen Kurs eingeschlagen, den es nun durch andere Akteure wie die linken Oppositionsparteien und die Sozialen Bewegungen gemeinsam umzudrehen gilt. Von daher ist das Demokratiedefizit der derzeitigen wirtschaftsdominierten Union, das dem Parlament und den Völkern kaum Mitbestimmung zubilligt, hier von zentraler Bedeutung. Einig sind wir uns, denke ich, immerhin auch über das Prinzip der Gewaltenteilung, nur wie genau eine Europäische Regierung gebildet werden kann noch nicht.

Hier immerhin einige Gedanken dazu:

Die gegenwärtige EU beruht auf keiner klaren Gewaltenteilung und leidet an einem schweren Mangel an Demokratie, Legitimität und Transparenz. Das Europäische Parlament kann weder Gesetze initiieren noch ein Budget beschließen noch hat es ein Mitentscheidungsrecht in allen Politikfeldern, obwohl es die einzige demokratisch gewählte EU-Institution ist.

Das liegt zum großen Teil an ihrer Entstehungsgeschichte als reine Wirtschaftsgemeinschaft. Auch als das was EU jetzt ist – ein Verbund von Staaten, kann sie nicht anders organisiert sein. Da wir die europäische Union, anders, nämlich demokratisch, sozial, ökologisch und friedensschaffend gestalten wollen, müssen wir die Wandlung zur politischen Union wollen und vollziehen, da wir sonst, diese uns wichtigen Politikfelder dort nicht umsetzen können.

Die Überweisung vieler Entscheidungen nationaler Parlamente an den Ministerrat der EU ist zu

kritisieren, aber nicht, weil die Entscheidungen von nationaler Ebene an EU Ebene gehen, sondern, weil sie damit von parlamentarischer Ebene auf Regierungsebene gehen, anstatt zum Europäischen Parlament.

Dem europäischen Parlament muss die komplette legislative Macht gegeben werden, die ihm zusteht. Hier sollen über Gesetze und Verträge entschieden werden, aber auch Gesetze vorgeschlagen werden können. Man könnte, wenn man die Föderationsidee vertritt, das jetzige Verhältnis Rat/Parlament umkehren, so dass das Parlament zur 1. Kammer, der Rat zur 2. Kammer wird. Die Exekutivlastigkeit der EU muss abgebaut werden, die Ratssitzungen müssen nicht nur öffentlich zugänglich sein, sondern der Ministerrat, als das Organ mit derzeitig der meisten Machtfülle aber auch der größten Intransparenz, sollte in seiner Macht eingeschränkt werden und könnte in eine Art Länderkammer umgestaltet werden, so daß es eigenständig keine Entscheidungen mehr treffen könnte. Man könnte aber auch überlegen den Ministerrat, in einen Rat der Regionen umzuwandeln, so dass hier nicht mehr die nationalen Regierungen, sondern separat gewählte Regionalvertreter entscheiden würden – dabei würde Die Zahl natürlich weit über 27 hinausgehen.

Ob man die Exekutive der Kommission überlässt, die dafür allerdings demokratisch legitimiert, das heißt gewählt werden müßte anstatt wie jetzt nach nationalen Interessen von nationalen Regierungen besetzt, oder ein neues Organ schafft muß auch noch diskutiert werden.

Die Bedingung für mehr Akzeptanz der EU bei den Bürgern ist auch mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Nutzen für die Bürger. Der Weg der Beteiligung möglichst vieler Interessierter und Betroffener an der politischen Entscheidungsfindung ist der einzig mögliche für einen demokratischen Politikansatz.

Dafür brauchen wir eine EU mit alternativen völkerrechtlichen Grundlagen, am besten in Gestalt einer Verfassung. Das Nein zum Reformvertrag muss mit unserem Ja zur europäischen Integration und zur EU als deren politischer und rechtlicher Organisationsform einhergehen. Die EU hat bereits zwei Staatsmerkmale, nämlich das Staatsterritorium und die Staatsgewalt. Was zur Herausbildung einer wirklichen europäischen Demokratie fehlt, ist das Staatsvolk, eine gesamteuropäische Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit sowie eine kritische Medienlandschaft, die heute erst in bescheidensten Ansätzen existiert. Da die EU bereits so nah an einem Staat ist, braucht sie eine Verfassung welche die sozialen und politischen Rechte der Bürger in ihr sichert.

Eine Verfassung muss für ihre Akzeptanz den Bürgern nicht erklärt, oder umbenannt und als Vertrag durchgebracht, sondern mit den Bürgern erarbeitet werden. Ein wichtiger Bestandteil ist eine um soziale und ökologische Rechte erweiterte Grundrechtscharta (die nicht hinter der Menschenrechtserklärung von 48 zurück bleibt) die rechtsverbindlich und einklagbar sein muss, und die demokratische Reform der Institutionen, sowie Zukunftsoffenheit und wirtschaftspolitische Neutralität.

Die EU muss als Rechtsgemeinschaft, verbindlich werden, das heißt die Verpflichtung zu Grund-Menschen- und Völkerrecht in den Verträgen, muss auch in der täglichen Politik umgesetzt werden.

Zur Zeit droht uns das Primat der Politik zu entgleiten – wir erleben einen kontinuierlichen Niedergang von Demokratie. Auf nationaler Ebene beobachten wir, dass Parlamentarier und Regierung das Grundgesetz in immer stärkerem Maße missachten. Dass führt dazu, dass auch in der EU Streik und Demonstrationsrechte eingeschränkt werden.

Eine Demokratie kippt, wenn die Politik den Löffel abgibt und die Wirtschaft das Zepter schwingt. Dabei gehört die Macht dem Volk – nicht multinationalen Konzernen (die teilweise schon mehr Macht haben als Staaten)! Sie halten sich nicht an die für Staaten geltenden Rechtsnormen, für sie ist das Volk nur „Human Resources“ die man möglichst billig einkauft, verbraucht und ruhig halten muß. Krieg ist wieder Mittel der Politik geworden, zum völkerrechtswidrigen Raubbau an den Ressourcen anderer autonomer Länder im Interesse der Wirtschaft – aber das Volk ist gegen diese Kriege.

Es geht darum, Demokratie auch in Zeiten von geschürter Angst vor einer abstrakten

Terrorbedrohung, wachsender sozialer Ungleichheit sowie zunehmendem Desinteresse an Wahlen und politischer Mitwirkung wieder zu stärken. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Abriss des Sozialstaats und der Verschärfung der Sicherheitspolitik.

Gerade auf EU Ebene müssen wir die Rückgewinnung des Primats der Politik fordern. Die EU und eine demokratisch zu erarbeitende Verfassung kann uns Chancen bieten, unsere Forderungen nach einer am Menschen und nicht Profit orientierten sozialen Politik, das Recht auf Arbeit, Selbstbestimmung, menschenwürdiges Einkommen, Allgemeingültigkeit von Menschen- Grund- und Freiheitsrechten und so vieles mehr weit reichender umzusetzen, als wir dazu national in der Lage sind.

Als politische, demokratische Union hat die EU die Chance auch in außenpolitischen Fragen, in eigenem Interesse, losgelöst von einer überflüssigen NATO, dem Hegemoniestreben der USA ein eigenes, friedliches Projekt entgegenzusetzen sowie in vielen Konflikten eine entscheidende Rolle in der friedlichen Vermittlung zu führen.

Natürlich darf sich die EU nicht selbst zum Imperialen Akteur entwickeln. So sollte sich die EU einsetzen für die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik und die Auflösung der NATO, durch internationale Kooperation, kollektive Sicherheitssysteme wie die EU es schon ist, oder auch Lateinamerika, für Interessenausgleich statt militärische Konfrontation, und Gemeinsame Sicherheitskonzepte auch mit Einbindung des Iran, der aufrüstet, weil er sich bedroht fühlt, für Atomwaffenfreie Zonen – angefangen mit Nah- und Mittelost, Europa..., für gemeinsame Anstrengungen zur Bewältigung der globalen Probleme und für solidarische Unterstützung der ärmeren Länder und ihrer Entwicklung, für ein Verbot und die Zerstörung von Massenvernichtungswaffen, für weltweite Abrüstung, Gewaltverzicht Völker- und Menschenrechte.

Da wir den Imperialismus, globalen Kapitalismus, Finanz-, Wirtschafts- und ökologische Krise längst nicht mehr nur national bekämpfen, hat die Linke nur international eine Perspektive. Sie darf weder an nationalstaatlichen, noch an Europas Grenzen mit ihrer Organisierung aufhören, muss sich aber zumindest als ersten Schritt in den europäischen Kontext begeben.

Hier müssen wir unsere auch durch mich vehement vertretenen Forderungen nach demokratischer Kontrolle der Europäischen Zentralbank, Verbot jeglicher Schattenbanksysteme aus Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften..., Kontrolle und Beschränkung des Kapitalverkehrs, Schließung der Steueroasen, Besteuerung aller Finanztransaktionen, eine andere Körperschaftssteuer und die Deckelung der Geschäftsführer- und Managergehälter als Sofortmaßnahmen um Spekulationen zu stoppen umsetzen. Letztendlich geht es um die Umgestaltung des ganzen Systems wobei wir uns neben Vergesellschaftungen auch mit dem Austritt aus WTO mit GATT und GATS auseinandersetzen müssen.